

PREISE

**Fast zehn Jahre Euro –
Preisentwicklung vor und nach
der Bargeldumstellung**



Dezember 2011

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Internet: www.destatis.de

Weitere Informationen zur Thematik dieser Publikation geben
Frau Sabine Touil, Tel.: +49 (0) 611 / 75 3993 und
Herr Dr. Stefan Linz, Tel.: +49 (0) 611 / 75 2659;
www.destatis.de/kontakt

Erscheinungsfolge: einmalig

Erschienen im Dezember 2011

Artikelnummer: 5611105119004

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Fast zehn Jahre Euro – Preisentwicklung vor und nach der Bargeldeinführung.	4
Die Preislandschaft der letzten 20 Jahre	5
Preistreibende und –stabilisierende Faktoren vor und nach der Euro-Bargeldeinführung.	6
Warum liegt die gefühlte Inflation oft höher als die amtliche Teuerungsrate?.	8
Informationen zur Preismessung	10
Tabellenanhang	11

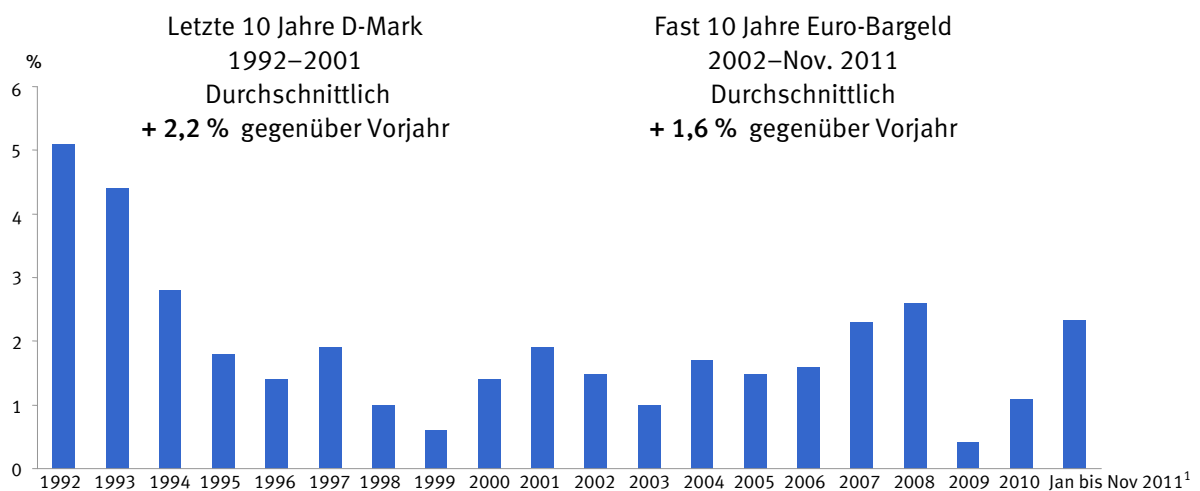
Fast zehn Jahre Euro – Preisentwicklung vor und nach der Bargeldeinführung

Seit fast zehn Jahren bezahlen wir mit dem Euro. Während die D-Mark als Garant für Preisstabilität galt, wird der Euro hingegen häufig als Preistreiber bezeichnet. Die Analyse zeigt: Von 2002 – dem Jahr der Bargeldeinführung – bis November 2011 lag die jährliche Preissteigerung bei durchschnittlich 1,6 %. In den zehn Jahren vor der Euro-Bargeldeinführung sind die Verbraucherpreise mit jährlich durchschnittlich + 2,2 % gegenüber dem Vorjahr stärker angestiegen als in den fast zehn Jahren danach. Allerdings waren Anfang der 1990er Jahre im Zuge der deutschen Wiedervereinigung besonders starke Preisanstiege zu beobachten. Ohne Berücksichtigung dieses Zeitraums ergibt sich für die letzten Jahre vor der Euro-Bargeldeinführung (1996 bis 2001) eine durchschnittliche Teuerung von 1,4 %.

Betrachtet man die gesamte D-Mark-Zeit, also Mitte 1948 bis 2001, so lag die durchschnittliche jährliche Inflation mit 2,6 % höher als in der bisherigen Euro-Bargeldzeit. Die Preisentwicklung in den neuen Bundesländern geht in die gesamtdeutschen Berechnungen ab 1992 ein.

Diese Ergebnisse beruhen auf den laufenden Preismessungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in Deutschland. Ein vorläufiges Ergebnis für die Gesamtinflationsrate im Dezember 2011 wird am 29. Dezember 2011 veröffentlicht. Das endgültige Ergebnis und gegliederte Teilergebnisse für Dezember werden am 12. Januar 2012 publiziert und sind im Internet unter www.destatis.de > Preise zu finden. Informationen zur Preismessung und alle Teuerungsraten ab dem Jahr 1949 sind im Anhang dargestellt.

Teuerungsraten in Deutschland



1995, 2000 und 2005 jeweils Änderungen in der Zeitreihe durch Basisumstellungen, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigen.

¹ Durchschnittliches Preisniveau in den Monaten Januar bis November 2011 gegenüber Januar bis November 2010.

Die Preislandschaft der letzten 20 Jahre

Die Verbraucherpreisentwicklung in Deutschland war Anfang der 1990er Jahre zunächst von der deutschen Vereinigung geprägt. In den neuen Ländern wurden vor allem die Wohnungsmieten, aber auch die Kosten der Strom- und Wasserversorgung oder die Verkehrstarife an das Marktniveau angepasst. Die wirtschaftliche Nachfrage im Zusammenhang mit dem „Wiedervereinigungsboom“ ließ die Preise auch im früheren Bundesgebiet ansteigen. Dort hat zusätzlich die anhaltende Wohnungsknappheit Mietsteigerungen verursacht. Im Jahr 1993 hat auch die Mehrwertsteuererhöhung zur Teuerung in Deutschland insgesamt beigetragen.

Allerdings befand sich Anfang der 1990er Jahre die Weltwirtschaft bereits in einem globalen Abschwung, der in Deutschland durch die Sondersituation der deutschen Vereinigung verzögert ankam. Trotz verhaltener Nachfrage blieb die Teuerungsrate mit über 4 % zunächst hoch, der Preisauftrieb bei Wohnungsmieten und Dienstleistungen ging nur nach und nach zurück. Die Konsumzurückhaltung im gesamten weiteren Verlauf der 1990er Jahre ließ Preissteigerungen jedoch immer weniger zu. Trotz erneuter Mehrwertsteuererhöhung 1998 sank die Teuerungsrate in diesem Jahr auf 1,0 %. Im Jahr 1999 kamen noch harte Preiskämpfe im Lebensmitteleinzelhandel hinzu und die Inflationsrate erreichte den Tiefstand von 0,6 %.

Die Trendwende kam mit der Jahrtausendwende, als sich die mittlerweile deutlich gestiegenen Weltmarktpreise für Energieträger und andere Rohstoffe zusammen mit der konjunkturellen Erholung auch in Deutschland in den Verbraucherpreisen bemerkbar machten. Hinzu kamen im Jahr 2001 mit BSE und Maul- und Klauenseuche außergewöhnlich hohe Preisanstiege bei den Nahrungsmitteln – Fleisch und Fleischwaren verteuerten sich allein im Jahr 2001 um 7,7 % gegenüber dem Vorjahr. Außerdem legte 2001 der Preiskampf im Lebensmitteleinzelhandel eine Pause ein und die Einzelhändler konnten wieder höhere Preise durchsetzen. Schließlich gab es Ende des Jahres 2001 eine Kältewelle in Südeuropa, welche die Obst- und Gemüsepreise nach oben trieb. Im Januar 2002, dem Monat der Euro-Bargeldeinführung, waren die Lebensmittelpreise damit auf ein Rekordniveau angestiegen.

Deutliche Preissprünge gab es in dieser Zeit auch in vielen Dienstleistungsbereichen wie zum Beispiel der Gastronomie. Aber auch für den Friseurbesuch, bei der chemischen Reinigung oder beim Kinobesuch mussten Kunden mehr bezahlen. Zur Euro-Bargeldeinführung mussten die Dienstleister ihre Preislisten neu drucken und viele nutzten die Gelegenheit, ihre Preise anzupassen. In den darauf folgenden Jahren 2003 bis 2006 entwickelten sich jedoch sowohl die Dienstleistungs- als auch die Nahrungsmittelpreise sehr moderat.

Zum treibenden Faktor der Teuerung wurden hingegen die Rohstoffe. Mit dem Wirtschaftswachstum in Schwellenländern wie China und Indien gerieten die Weltmärkte für Rohstoffe unter Druck. Der erhöhten Nachfrage stand ein relativ starres Angebot gegenüber, sodass die Rohstoffpreise von Jahr zu Jahr neue Höchststände erreichten. Vor allem die Energiepreise stiegen dramatisch an. Ab dem Jahr 2007 verteuerten sich Nahrungsmittel erneut und die Mehrwertsteuer wurde ein weiteres Mal erhöht.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise gab es dann ab Mitte 2008 einen drastischen Absturz der Rohstoffpreise. Doch schon Mitte des Jahres 2009 setzte wieder eine Korrekturbewegung nach oben ein. Im März 2011 lagen die Energiepreise in Deutschland wieder über dem Niveau von Mitte 2008.

Preistreibende und -stabilisierende Faktoren vor und nach der Euro-Bargeldeinführung

Bislang liegen die Ergebnisse für den Verbraucherpreisindex bis einschließlich November 2011 vor. Im gesamten Zeitraum seit der Euro-Bargeldeinführung, das heißt ausgehend vom Preisniveau im Dezember 2001 bis November 2011, sind die Verbraucherpreise in Deutschland um insgesamt 17 % angestiegen. Aus Vergleichbarkeitsgründen wird im Folgenden dieser Zeitraum der entsprechenden Zeitspanne zehn Jahre davor, also Dezember 1991 bis November 2001, gegenübergestellt – auch wenn diese Spanne nicht exakt den letzten zehn D-Mark-Jahren entspricht. Von Dezember 1991 bis November 2001 betrug der Preisanstieg insgesamt 21 %. In der Tabelle sind verschiedene Preisentwicklungen angegeben.

Verbraucherpreisänderung vor und nach der Euro-Bargeldeinführung

	Dezember 1991 bis November 2001	Dezember 2001 bis November 2011	Gewicht* in %
Verbraucherpreisindex insgesamt	21,0	16,6	100
Verbrauchsgüter	16,6	35,2	30,5
darunter zum Beispiel:			
Heizöl und Kraftstoffe	32,9	85,3	4,5
Strom	7,0	66,1	2,5
Nahrungsmittel	9,6	16,3	9,0
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	10,6	7,0	9,5
darunter zum Beispiel:			
Bekleidung und Schuhe	10,3	5,7	4,9
langlebige Gebrauchsgüter	2,2	– 6,3	9,3
Dienstleistungen (einschl. Mieten)	33,5	12,4	50,7
darunter zum Beispiel:			
Nettokaltniete und Wohnungsnebenkosten (ohne Haushaltsenergie)	40,0	12,3	23,6
Restaurants, Cafés, Straßenverkauf u.ä.	21,7	18,0	2,9
Friseurdienstleistungen u.a. Dienstleistungen für die Körperpflege	40,1	13,4	1,0
Chemische Reinigung, Waschen und Reparatur von Bekleidung	29,7	11,5	0,1

*Ausgabenanteil im Wägungsschema für das Basisjahr 2005 der Verbraucherpreisstatistik.

Heizöl und Kraftstoffe

Eine wichtige Rolle spielten in der Euro-Bargeldzeit die starken Preisanstiege an den Weltmärkten für Rohstoffe. Diese führten in Deutschland vor allem zu hohen Energiepreisen. Die Preise für Heizöl und Kraftstoffe lagen im November 2011 um 85 % Prozent über dem Niveau von Dezember 2001. In den fast zehn Jahren zuvor betrug die entsprechende Preissteigerung 33 %.

Nahrungsmittel

Auch die Nahrungsmittelpreise sind in Deutschland vor dem Hintergrund der wachsenden globalen Nachfrage und einem relativ starren Angebot an den Weltmärkten stark angestiegen, allerdings erst ab dem Jahr 2007. In den ersten fünf Jahren der Euro-Bargeldzeit war der Preisverlauf bei den Lebensmitteln sehr moderat, nachdem sie in den Jahren 2000 und 2001 – also kurz vor der Euro-Bargeldeinführung – deutlich angestiegen waren. Für den Zeitraum von Dezember 2001 bis November 2011 lag die Preissteigerung bei Nahrungsmitteln bei 16 %. In den fast zehn Jahren zuvor waren es 10 %.

Einflüsse durch staatliche Maßnahmen

In der Euro-Dekade haben auch eine Reihe von staatlichen Maßnahmen die Preise ansteigen lassen, wie etwa die Mehrwertsteuererhöhung von 2007, Tabaksteuererhöhungen, Gesundheitsreformen und die teilweise Einführung von Studiengebühren. Auch bei den Strompreisen hat in den letzten zehn Jahren die Belastung mit Steuern, Abgaben und Umlagen (zum Beispiel durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz) deutlich zugenommen. Die Strompreise sind seit der Euro-Bargeldeinführung um 66 % gestiegen, in den fast zehn Jahren davor lediglich um 7 %.

Dienstleistungen

Bei vielen Dienstleistungen, wie zum Beispiel dem Restaurant- oder Friseurbesuch, lagen die Preise direkt nach der Euro-Bargeldeinführung deutlich höher als ein Jahr zuvor. Unmittelbar vor und nach der Bargeldumstellung – von Juli 2001 bis Juli 2002 – sind die Preise für Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés und im Straßenverkauf um 4 % gestiegen. Gerade die Teuerung in der Gastronomie wurde zu dieser Zeit von vielen Menschen als deutlich höher wahrgenommen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Steigerung um 4 % ein Mittelwert ist. Er wurde in einer Stichprobe von über 700 Gastronomiebetrieben in ganz Deutschland gemessen. Vereinzelt haben Restaurants Preiserhöhungen von bis zu 100 % vorgenommen. Aufschläge zwischen 20 % bis 40 % gab es häufiger, aber manche Gastronomiebetriebe senkten ihre Preise auch. Die große Masse der Preisänderungen zeigte sich jedoch letztlich im Bereich um die 4 %.

In den Folgejahren gab es in der Gastronomie wenig Spielraum für weitere Preiserhöhungen, eine deutlichere Aufwärtstendenz zeigte sich erst wieder im Jahr 2007 mit der Mehrwertsteuererhöhung. Insgesamt sind die Preise für Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés und im Straßenverkauf von Dezember 2001 bis November 2011 um 18 % angestiegen. In den fast zehn Jahren davor lag der Preisanstieg bei 22 %, was vor allem auf die Teuerung in den Jahren 1992 und 1993 zurückgeht.

Mieten

Eine stabilisierende Preiswirkung ging in der Euro-Bargeldzeit vor allem von den Mieten aus. Mietzahlungen haben einen großen Anteil an den Konsumausgaben der privaten Haushalte und gehen daher mit einem hohen Gewicht in den Verbraucherpreisindex ein. Während Anfang der 1990er Jahre die Wohnungsknappheit im früheren Bundesgebiet und der Subventionsabbau in den neuen Ländern für steigende Mieten sorgten, entspannte sich der Mietmarkt zum Ende des Jahrzehnts: Die schwache wirtschaftliche Dynamik und hohe Leerstandsquoten in den neuen Ländern führten zu Mietent-

wicklungen, die deutlich unter der durchschnittlichen Teuerung lagen. Die Nettokaltmieten einschließlich Wohnungsnebenkosten (ohne Haushaltsenergie) sind von Dezember 2001 bis November 2011 um 12 % angestiegen. In den fast zehn Jahren davor lag die Teuerung bei 40 %.

Langlebige Gebrauchsgüter

Nachhaltige Preissenkungen gab es fast nur im Bereich der langlebigen Gebrauchsgüter. Fernseher, Computer, MP3-Player und ähnliche Produkte sind über Jahre hinweg im Preis günstiger geworden. Hier spielen der technische Fortschritt und die internationale Arbeitsteilung eine wichtige Rolle. Die Preise für langlebige Gebrauchsgüter sind von Dezember 2001 bis November 2011 um 6 % gefallen, während in den fast zehn Jahren davor ein Preisanstieg von 2 % zu verzeichnen war. Langlebige Gebrauchsgüter gehen mit einem Gewicht von rund 9 % in den Verbraucherpreisindex ein. Hierbei wird berücksichtigt, dass die Haushalte in der Regel nicht jedes Jahr eine Waschmaschine, einen Fernseher, einen Pkw oder ähnliches kaufen (siehe Informationen zur Preismessung im Anhang).

Warum liegt die gefühlte Inflation oft höher als die amtliche Teuerungsrate?

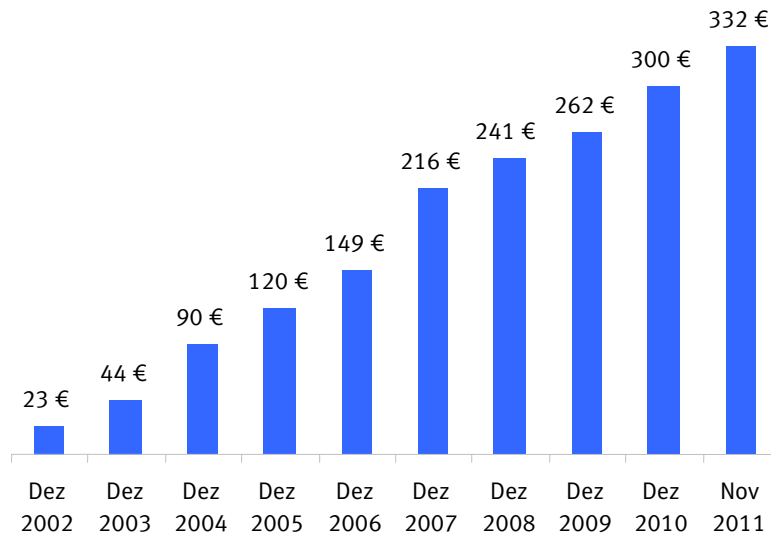
Die Inflationsrate bezieht sich auf alle Konsumausgaben. Sie ist ein Mittelwert, in den die Preisentwicklung für alle Ausgaben der privaten Haushalte entsprechend ihres jeweiligen Anteils am gesamten Haushaltsbudget eines durchschnittlichen Haushalts in Deutschland eingehen. Starke Preissteigerungen werden durch moderate Steigerungen oder zum Teil auch Preissenkungen ausgeglichen.

Untersuchungen haben gezeigt, dass für unser „Preisgefühl“ vor allem häufig gekaufte Waren und Dienstleistungen wichtig sind. Preissteigerungen bei diesen Gütern sind den Konsumenten stärker präsent als Preisänderungen bei selteneren Anschaffungen. In den letzten Jahren sind die Preise für häufig gekaufte Güter wie Nahrungsmittel und Kraftstoffe überdurchschnittlich stark angestiegen. Dadurch kann die subjektiv wahrgenommene Inflation höher erscheinen als die vom Statistischen Bundesamt berechnete Teuerungsrate. Es zeigt sich auch, dass der Preisanstieg bei den Verbrauchsgütern, zu denen neben Strom oder Gas eben auch die Nahrungsmittel und Kraftstoffe gehören, seit Einführung des Euro-Bargelds mit 35 % deutlich höher liegt als in den fast zehn Jahren davor mit 17 %.

Aber selbst wenn die durchschnittliche Inflationsrate in der Euro-Bargeldzeit mit 1,6 % relativ niedrig liegt – auch kleine Teuerungsraten hinterlassen merkliche Spuren im Konsumbudget. Denn für die wirtschaftliche Situation der privaten Haushalte spielen nicht nur die häufiger gekauften Verbrauchsgüter, sondern alle privaten Konsumausgaben eine wichtige Rolle.

Ein Haushalt, der zum Beispiel im Dezember 2001 Waren und Dienstleistungen im Wert von 2 000 Euro kaufte, musste ein Jahr später 23 Euro mehr ausgeben, um die gleichen Güter wie im Dezember 2001 erstehen zu können. Und die Zusatzbelastung steigt von Jahr zu Jahr. Im Dezember 2003 waren es schon monatlich 44 Euro zusätzlich und im November 2011 schließlich musste der Haushalt 332 Euro mehr aufwenden, um die Güter des Warenkorbs von Dezember 2001 kaufen zu können.

Inflationsbedingte Zusatzausgaben beim Kauf von Waren und Dienstleistungen, die im Dezember 2001 insgesamt 2 000 Euro gekostet haben.



Das Beispiel zeigt, dass sich auch niedrige Inflationsraten empfindlich auf das Budget der Haushalte auswirken können. Das gilt insbesondere, wenn die Ausgabenspielräume kaum steigen. Betrachtet man die Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter in den letzten Jahrzehnten, lässt sich feststellen, dass im Zeitraum seit dem dritten Quartal 2001 der Anstieg der monatlichen Nettolöhne je Arbeitnehmer insgesamt hinter der Preisentwicklung zurückblieb. In den zehn Jahren davor konnte die Einkommensentwicklung mit der Preisentwicklung in etwa Schritt halten.

Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter sowie der Verbraucherpreise

	Nettolöhne und -gehälter ¹⁾	Verbraucherpreisindex
3. Quartal 1991 bis 3. Quartal 2001	24,9	24,2
3. Quartal 2001 bis 3. Quartal 2011	11,2	17,0

1) Monatlich je Arbeitnehmer. Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18

Informationen zur Preismessung

Bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex geht man von einem "Warenkorb" aus, welcher sämtliche Waren und Dienstleistungen enthält, die für die Konsumwelt in Deutschland relevant sind. Die Auswahl von konkreten Produkten für die Preisbeobachtung erfolgt in Form von repräsentativen Stichproben. In der Regel werden zunächst repräsentative Städte, dort dann repräsentative Geschäfte und darin die am häufigsten verkauften Produkte ausgewählt. Die Zahl der ausgewählten Produkte orientiert sich tendenziell an der Bedeutung des Güterbereichs, aber auch für weniger bedeutende Bereiche müssen Produkte aufgenommen werden, um die gesamte Bandbreite des privaten Konsums abzudecken. Diese gehen aber mit einem entsprechend niedrigerem Gewicht in die Preismessung ein. Der Warenkorb wird laufend aktualisiert, damit immer diejenigen Gütervarianten in die Preisbeobachtung eingehen, welche von den Konsumenten aktuell häufig gekauft werden.

Für die Messung der Preisentwicklung notieren rund 600 Preiserheber in ganz Deutschland Monat für Monat die Preise der gleichen Produkte in denselben Geschäften. Zusätzlich erfolgt für viele Waren und Dienstleistungen eine zentrale Preiserhebung, beispielsweise im Internet. Insgesamt werden so monatlich über 300 000 Einzelpreise erfasst. Ein einmal für die Preisbeobachtung ausgewählter Artikel wird dann gegen einen anderen ausgetauscht, wenn er nicht mehr oder nur noch wenig verkauft wird. Beim Preisvergleich werden auch Mengenänderungen einbezogen. Verringert zum Beispiel ein Anbieter die Verpackungsgroße eines Produktes bei gleich bleibendem Preis, so wird dies in der Preisstatistik als Preiserhöhung verbucht.

Weiterhin werden Qualitätsänderungen berücksichtigt – zum Beispiel bei Gütern mit technischem Fortschritt. Qualitätsbereinigungen sind bei der Berechnung von Preisindizes zwingend notwendig. Würden sie unterlassen, so käme dies entweder der Annahme gleich, dass Produktänderungen aus Käufersicht irrelevant seien oder dass Preisanstiege bei Produktwechseln etwa allein durch Qualitätsverbesserungen begründet wären. Beide Annahmen sind in der Regel nicht pauschal zutreffend. Daher ist es notwendig, qualitative Verbesserungen der Produkte bei der Preismessung zu quantifizieren und aus der Preisentwicklung herauszurechnen. Der Einfluss der Qualitätsbereinigung ist allerdings begrenzt: Die durchschnittliche Inflationsrate – gemessen an der Veränderung des Verbraucherpreisindex für Deutschland – lag zum Beispiel im Zeitraum von 2005 bis 2010 bei 1,6 %. Würde man nun pauschal annehmen, dass die Preise der technischen Güter vollständig konstant geblieben wären, so läge die durchschnittliche Inflationsrate bei 1,7 %.

In einem weiteren Schritt werden die Güter des Warenkorbs in rund 700 Güterbereiche eingeteilt. Für die Berechnung der gesamten Teuerungsrate wird die durchschnittliche Preisentwicklung für einen Güterbereich jeweils mit dem Ausgabenanteil gewichtet, welche die privaten Haushalte im Durchschnitt für die Waren und Dienstleistungen dieses Bereichs ausgeben. Das Ergebnis ist ein gewichteter Mittelwert für die Preisentwicklung in Deutschland. Die Gewichtungsinformationen sind im so genannten Wägungsschema enthalten. Im Gegensatz zum Warenkorb wird das Wägungsschema für den Verbraucherpreisindex nur alle fünf Jahre aktualisiert, um innerhalb des Fünfjahreszeitraums die reine Preisentwicklung, unbeeinflusst von Änderungen der Ausgabengewichte, darstellen zu können.

Die wesentliche Basis für die Berechnung des Wägungsschemas ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Die rund 60 000 Teilnehmer dieser Haushaltsbudgeterhebung zeichnen freiwillig einige Monate lang ihre Einnahmen und Ausgaben auf und übermitteln diese Informationen an die Statistischen Landesämter. Die Ausgabenanteile für die einzelnen Güterbereiche basieren auf den Ausgaben aller Haushalte im Basisjahr. Wenn zum Beispiel ein Haushalt im Basisjahr keine langlebigen Gebrauchsgüter gekauft hat, wird er mit einem Ausgabenanteil von Null mitgezählt. Auf diese Weise wird berücksichtigt, dass man in der Regel nicht jedes Jahr eine Waschmaschine, einen Fernseher, einen Pkw oder ähnliches kauft.

Tabellenanhang

Ein vorläufiges Ergebnis für die Gesamtinflationsrate im Dezember 2011 wird am 29. Dezember 2011 veröffentlicht. Das endgültige Ergebnis und gegliederte Teilergebnisse für Dezember werden am 12. Januar 2012 publiziert unter www.destatis.de > Preise.

Die Mittelwerte wurden als geometrische Mittel der Wachstumskoeffizienten berechnet. Aufgrund von Basisumstellungen kann bei der Betrachtung von Jahresteuersparungen im langen Zeitraum die zeitliche Vergleichbarkeit zum Teil beeinträchtigt sein.

Verbraucherpreisänderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent

Jahr	Deutschland	Jahr	Deutschland
1992	5,1	2002	1,5
1993	4,4	2003	1,0
1994	2,8	2004	1,7
1995	1,8	2005	1,5
1996	1,4	2006	1,6
1997	1,9	2007	2,3
1998	1,0	2008	2,6
1999	0,6	2009	0,4
2000	1,4	2010	1,1
2001	1,9	Jan – Nov 2011*	2,3
Mittelwert	2,2	Mittelwert	1,6

* Durchschnittliches Preisniveau in den Monaten Januar bis November 2011 gegenüber Januar bis November 2010.

Verbraucherpreisänderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent

Jahr	Deutschland
1996	1,4
1997	1,9
1998	1,0
1999	0,6
2000	1,4
2001	1,9
Mittelwert	1,4

Verbraucherpreisänderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent

Jahr	bis 1991 früheres Bundesgebiet, ab 1992 Deutschland
1949	- 1,1
1950	- 6,4
1951	7,6
1952	2,1
1953	- 1,7
1954	0,4
1955	1,4
1956	2,8
1957	2,0
1958	2,3
1959	0,6
1960	1,6
1961	2,5
1962	2,8
1963	3,0
1964	2,4
1965	3,2
1966	3,3
1967	1,9
1968	1,6
1969	1,8
1970	3,6
1971	5,2
1972	5,4
1973	7,1
1974	6,9
1975	6,0
1976	4,2
1977	3,7
1978	2,7
1979	4,1
1980	5,4
1981	6,3
1982	5,2
1983	3,2
1984	2,5
1985	2,0
1986	- 0,1
1987	0,2
1988	1,2
1989	2,8
1990	2,6
1991	3,7
1992	5,1
1993	4,4
1994	2,8
1995	1,8
1996	1,4
1997	1,9
1998	1,0
1999	0,6
2000	1,4
2001	1,9
Mittelwert	2,6

1950–1962 Veränderungsraten Preisindex für die Lebenshaltung von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen, früheres Bundesgebiet.

1963–1991 Veränderungsraten Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, früheres Bundesgebiet.

Jahr	Deutschland
2002	1,5
2003	1,0
2004	1,7
2005	1,5
2006	1,6
2007	2,3
2008	2,6
2009	0,4
2010	1,1
Jan–Nov 2011*	2,3
Mittelwert	1,6

* Durchschnittliches Preisniveau in den Monaten Jan. bis Nov. 2011 gegenüber Jan. bis Nov. 2010.